



Die Stadtverordnetenversammlung
- Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung I Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 21. Juni 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-21-0072

Personalsituation im Ordnungsamt (Bürgerbüro)

-Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Bündnis 90 Die Grünen für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21. Juni 2017-

Im Zentralen Bürgerbüro des Ordnungsamtes der Landeshauptstadt Wiesbaden haben gesetzliche Aufgabenzuwächse, gestiegene Fallzahlen und eine Ausweitung der Öffnungszeiten mit einer einhergehenden Steigerung des Dienstleistungsangebotes für die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt zu einer Personalunterdeckung von 1,78 VZÄ geführt.

Der Ausschuss möge beschließen, dass

1. die zur Erledigung der gesetzlichen Aufgaben dringend erforderlichen zwei Stellen (1,78 VZÄ, Stellenwert E8) bei Dez. VII/ 31 Bürgerbüro schnellstmöglich unbefristet besetzt werden. Die Stellen werden zum Stellenplan 2018/ 19 angemeldet, die Ausschreibung und Besetzung wird vorab der Genehmigung des Stellenplans erteilt. Das erforderliche Personalbudget wird Dez. VII/ 31 für 2017 üpl. und ab 2018/ 19 dauerhaft außerhalb der Orientierungsrahmendaten zugesetzt.
2. eine Entscheidung über die Entfristung der für die zwei Jahre befristet eingestellten 3,5 VZÄ (Stellenwert E8) für die melderechtliche Anmeldung von zugewiesenen Flüchtlingen, einer Stelle (Stellenwert E8) für die Sachbearbeitung der Zweitwohnsitzsteuer im Bürgerbüro sowie zwei Stellen (Stellenwert E8) für die Kontrolle der Taxifahrer bei der Zulassungsbehörde ist im Haushaltsplanaufstellungsverfahren durch die Gremien zu treffen ist.

Beschluss Nr. 0177

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

Im Zentralen Bürgerbüro des Ordnungsamtes der Landeshauptstadt Wiesbaden haben gesetzliche Aufgabenzuwächse, gestiegene Fallzahlen und eine Ausweitung der Öffnungszeiten mit einer einhergehenden Steigerung des Dienstleistungsangebotes für die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt zu einer Personalunterdeckung von 1,78 VZÄ geführt.

Es wird beschlossen, dass

1. die zur Erledigung der gesetzlichen Aufgaben dringend erforderlichen zwei Stellen (1,78 VZÄ, Stellenwert E8) bei Dez. VII/ 31 Bürgerbüro schnellstmöglich unbefristet besetzt werden. Die Stellen werden zum Stellenplan 2018/ 19 angemeldet, die Ausschreibung und Besetzung wird vorab der Genehmigung des Stellenplans erteilt. Das erforderliche Personalbudget wird Dez. VII/ 31 für 2017 üpl. *zugesetzt. Über die dauerhafte Zusetzung außerhalb der Orientierungsrahmendaten wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2018/19 entschieden.*

2. eine Entscheidung über die Entfristung der für die zwei Jahre befristet eingestellten 3,5 VZÄ (Stellenwert E8) für die melderechtliche Anmeldung von zugewiesenen Flüchtlingen, einer Stelle (Stellenwert E8) für die Sachbearbeitung der Zweitwohnsitzsteuer im Bürgerbüro sowie zwei Stellen (Stellenwert E8) für die Kontrolle der Taxifahrer bei der Zulassungsbehörde ist im Haushaltsplanaufstellungsverfahren durch die Gremien zu treffen ist.

Tagesordnung II

Wiesbaden, .06.2017

Diers
Stellv. Vorsitzender